

Vorlage Nr.: LS_P/0053/2024

Aktenzeichen:

Zuständiger Bereich: Landessynode

Weitere beteiligte Bereiche: Präses

Verantwortlich: Dr. Volker Haarmann

Volker.Haarmann@ekir.de

Beschlussvorlage

Antisemitismus

Gremium	Zuständigkeit / Zusatzinfo	Datum / Dauer	Berichterstattung
Landessynode	Entscheidung	19.01.2024	Geiger, Michaela, Prof. Dr.

Beschluss:

I. Die Landessynode beschließt folgende Erklärung:

Gegen Antisemitismus. Für Gerechtigkeit und Frieden in Israel und Palästina

1. Der zutiefst menschenverachtende und grausame Überfall der islamistischen Terrororganisation Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und seine Folgen entsetzen uns. Wir gedenken der Opfer. Wir sind mit unseren Gebeten bei den Überlebenden, den Angehörigen sowie den Kindern, Frauen und Männern, die noch immer als Geiseln verschleppt sind. „Bring them home now!“
Die Hamas will erklärtermaßen den Staat Israel und Jüdinnen und Juden weltweit vernichten. Als Evangelische Kirche im Rheinland treten wir ein für die Sicherheit des Staates Israel. Schon lange nicht mehr waren die akuten Gefährdungen der Existenz des Staates Israel so deutlich sichtbar wie jetzt.
2. Wir sind erschüttert über den alten, wieder erstarkten Antisemitismus und alle seine neuen Formen, die sich zunehmend in unserem Land Bahn brechen. Wir hören von Jüdinnen und Juden, den jüdischen Gemeinden und Verbänden, dass sie in Angst leben. Wir verurteilen die Anfeindungen und Angriffe auf jüdische Menschen, die auch in unserer Nachbarschaft zugenommen haben. Wir stehen als Christinnen und Christen entschlossen an der Seite von Jüdinnen und Juden. Antisemitismus ist Gotteslästerung und mit dem christlichen Glauben nicht vereinbar.
3. Wir sehen den Schmerz und das unfassbare Leid in der israelischen Gesellschaft, und wir sehen den Schmerz und das unfassbare Leid in der palästinensischen

Gesellschaft. Wir trauern um alle Opfer des durch die Hamas ausgelösten Krieges in Gaza.

Wir treten ein für die Wahrung des Völkerrechts. Wir unterstützen alles, was zur Beendigung der humanitären Katastrophe für die Zivilbevölkerung in Gaza beiträgt.

4. Ein Leben in Sicherheit, Gerechtigkeit und dauerhaftem Frieden für alle Menschen in der Region kann nicht durch militärische Gewalt erreicht werden. Die Landessynode begrüßt, dass sich die Bundesregierung gemeinsam mit anderen Partnern weiter für die Perspektive einer zwischen beiden Seiten verhandelten „Zwei-Staaten-Lösung“ einsetzt. Wir beten für ein baldiges Ende der Kämpfe und der Gewalt.
5. Die Landessynode bittet die Kirchenleitung, die Kirchenkreise und die Gemeinden,
 - a. Friedensgebete fortzuführen oder neu zu beginnen;
 - b. Gespräche mit den jüdischen Gemeinden und Landesverbänden zu intensivieren, um durch gemeinsame Projekte noch deutlicher dazu beitragen zu können, Jüdinnen und Juden in unserer Gesellschaft zu stärken und zu schützen. Auch die Kooperation mit vorhandenen Netzwerken gegen Antisemitismus zu suchen und bestehende zu intensivieren;
 - c. Diskursräume für Menschen aller Religionen zu schaffen, Initiativen zu stärken und zu unterstützen, die solche Räume schon bereitstellen;
 - d. in ihrem Bildungshandeln die Formate für Erwachsenenbildung, Religionsunterricht, Konfirmand*innen- und Jugendarbeit intensiver wahrzunehmen und weiterzuentwickeln, in denen Kenntnisse über das Judentum, die Erneuerung des christlich-jüdischen Verhältnisses und den Nahostkonflikt vermittelt werden;
 - e. im Sinne einer zukunftsfähigen, inklusiven Erinnerungskultur eine Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte und der Shoah zu fördern, die Menschen unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher Herkunft einbindet und erreicht;
 - f. sich in den lokalen, regionalen und internationalen ökumenischen Dialogen entschlossen für die Solidarität mit Jüdinnen und Juden und gegen jede Form von Antisemitismus einzusetzen;
 - g. Dialog und Kooperation mit unseren christlich-palästinensischen und jüdischen Partnerinnen und Partnern in Israel und Palästina mit Nachdruck fortzusetzen bzw. weiter auszubauen (Nes Ammim, Talitha Kumi und weitere Dialog-Projekte).
- II. Die Kirchenleitung wird darum gebeten, die Erklärung entsprechend in die Kirchenkreise und Gemeinden zu kommunizieren und die in der Erklärung unter 5. genannten Punkte umzusetzen bzw. zur Umsetzung zu empfehlen.

Begründung:

In den Wochen vor der Landessynode wurde von einer Arbeitsgruppe ein Textentwurf unter der Überschrift „Gegen Antisemitismus. Für Gerechtigkeit und Frieden in Israel und Palästina“ verfasst. Die Arbeitsgruppe bestand aus Antje Menn (Ständiger Theologischer Ausschuss), Markus Risch (Ständiger Ausschuss für öffentliche Verantwortung), Annegret Puttkammer (Ständiger Ausschuss für Erziehung und Bildung), Prof. Dr. Michaela Geiger (Fachgruppe für christlich-jüdischen Dialog), Dr. Beate Sträter (Fachgruppe Kirche und Islam), Miriam Haseleu (nebenamtliches Mitglied der Kirchenleitung), Dr. Frank Vogelsang, Wolfgang Hüllstrung, Dr. Wibke Janssen und Dr. Volker Haarmann.

Der Theologische Ausschuss (I), der Ausschuss für öffentliche Verantwortung (III) und der Ausschuss für Erziehung und Bildung (V) haben in den vergangenen Tagen diesen Textentwurf bearbeitet und weiterentwickelt.

Dem Plenum wird dieser Textentwurf nun zur Beschlussfassung vorgelegt.